

Wir finden den Weg. Gemeinsam.

Outlaw
Kinder- und Jugendhilfe

Outlaw gGmbH · Johann-Krane-Weg 18 · 48149 Münster

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerin Josefine Paul

40190 Düsseldorf

Outlaw gGmbH
Hauptsitz Münster

Johann-Krane-Weg 18
48149 Münster

Tel. 0251 38356610
Fax 0251 38356699

info@outlaw-ggmbh.de
www.outlaw-ggmbh.de

Münster, 17.10.2023

Überbrückungshilfe ist nicht ausreichend & die Anpassung der KiBiz-Pauschale ist bereits im März 2024 erforderlich!

Sehr geehrte Frau Ministerin,

wie wir Ihrer Presseinformation vom 13. September entnehmen, wird es eine Überbrückungshilfe von insgesamt 100 Millionen Euro (unter vorbehaltlicher Zustimmung des Haushaltgebers) geben, um die Auswirkungen des Tarifabschlusses „abzumildern“. Vollkommen unklar ist bis heute, ob und wann die Mittel tatsächlich zu erwarten sind und welcher Verteilungsschlüssel zugrunde gelegt wird.

Nach unseren Berechnungen und mit Blick auf die Erfahrungen der letzten Jahre werden wir von den 100 Mio. Euro rund 400 T€ erhalten, voraussichtlich im Frühjahr 2024.

Dies stellt uns vor mindestens zwei große Herausforderungen: Zum einen fehlt uns die Planungssicherheit (wie viel erhalten wir wann), zum anderen reicht die Summe bei Weitem nicht aus, um die Bestandteile des TVÖD-Abschlusses umzusetzen.

In unseren NRW-Kitas kostet uns die Umsetzung des TVÖD-Abschlusses (Inflationsausgleichszahlung sowie die tarifliche Steigerung von März bis zur Erhöhung der KiBiz-Pauschale im August 24) rund 4,5 Mio. Euro. Diese nicht refinanzierten Mehrkosten können auf keinen Fall durch die Kita-Rücklagen finanziert werden. Das vor allem vor dem Hintergrund, dass sich unsere ökonomische Situation über die letzten Monate insbesondere dadurch verschärft hat, dass wir die erheblichen Kostensteigerungen vorfinanziert haben. Die Rücklagen nach §40 KiBiz sind dadurch auch rapide geschrumpft. In diesem Kontext ist zusätzlich problematisch, dass die Bearbeitung der Verwendungsnachweise teils seit dem Jahr 2016 nicht abgeschlossen sind. Das heißt, dass noch Rückforderungen von Kindpauschalen in beträchtlichem Maße auf uns zukommen können und das insbesondere durch die Wiedereinführung der Rücklagendeckelung ab dem Kitajahr 2020/2021. Eine Feststellung der konkreten Rücklagenhöhe ist für uns zum heutigen Stand gar nicht möglich.

Unsere finanzielle Lage ist, wie oben bereits erwähnt, sehr angespannt und wir befürchten in eine Situation zu kommen, in der wir unsere Einrichtungen nicht mehr halten können.

Unsere Rücklagen sind deutlich abgeschmolzen. Die Kosteneinsparungen gehen daher direkt mit Qualitätseinbußen einher. In einem Arbeitsbereich, der in den letzten Jahren sowieso aufgrund des enormen Fachkräftemangels darum kämpft, die Betreuungssicherheit und Qualität aufrecht zu erhalten, ist das kaum noch zu verkraften. **Der Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern in Ihrem Auftrag kann so nicht gewährleistet werden.**

Wir wissen, dass viele freie Kita-Träger, die ihre Mitarbeiter:innen nach dem TVöD vergüten, vor großen finanziellen Herausforderungen, zum Teil auch kurz vor der Insolvenz stehen, da sie die enormen Kosten nicht stemmen können. **Wir bitten Sie daher eindringlich den Haushaltsentwurf erneut anzupassen und die Höhe des Überbrückungsgeldes zu überdenken.**

Darüber hinaus fordern wir Sie auf, die Pauschalen nicht erst zu August 2024 zu erhöhen, sondern bereits mit Eintreten der tariflichen Steigerung im März 2024 die versprochenen 10 Prozent umzusetzen. Auch die erneute Aufhebung der Rücklagendeckung könnte hilfreich sein.

Die Bekanntgabe der gesetzlich vorgesehenen Steigerungen ab dem Kitajahr 2024/25 in Höhe von knapp 10 Prozent trägt zwar zur Planungssicherheit bei. Die Steigerungen helfen aber nicht, die erheblichen Lücken der Jahre 2022/23 und 2023/24 auszugleichen, sondern verringern die Verluste nur in einem unzureichenden Maße. Vor allem mit Blick auf die Umsetzung der nicht refinanzierten tariflichen Erhöhung ab März laufen hier erneut in ein enormes Defizit: Die Umsetzung der tariflichen Erhöhung kostet uns für unsere Mitarbeiter:innen in den NRW-Kitas über 2 Mio. Euro – demgegenüber steht bis heute eine Refinanzierung von 0 Euro. Dieses Defizit können wir weder aus unseren Rücklagen noch über Kredite gegenfinanzieren. Ohne Refinanzierung sind wir nicht in der Lage die tarifliche Erhöhung zum 1. März 2024 umzusetzen.

Kitas sind systemrelevant!

Seit vielen Jahren trägt Outlaw durch den Betrieb von qualitativ hochwertigen Kindertageseinrichtungen dazu bei, dass Sie als Land den Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern gewährleisten können. Damit erfüllen wir nicht nur einen wichtigen Auftrag für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern, sondern helfen auch Eltern dabei, Familie und Beruf zu vereinbaren. In Zeiten des sich verschärfenden Fachkräftemangels wird ein adäquates Betreuungsangebot für Kinder systemrelevant. Daher bitten wir sie eindringlich, unsere Forderungen wohlwollend zu prüfen.

Über eine positive Rückmeldung freuen wir uns.

Gerne stehen wir auch für persönliche Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Wolff

Geschäftsführerin

Wir Finden den Weg. Gemeinsam.

Outlaw
Kinder- und Jugendhilfe